

VERLETZT, VERSTÜMMELT, VERKANNT

In Deutschland sind rund 50.000 Mädchen von Genitalverstümmelung bedroht - für ihren Schutz braucht es die Aufmerksamkeit aller. Female Genital Mutilation (FGM) ist inzwischen in vielen Ländern verboten - oft ohne bestraft zu werden.

Im kurdischen Nordirak ist weibliche Genitalverstümmelung (FGM) sehr verbreitet. Mehr als jede zweite Frau ist von dieser grausamen Praxis betroffen. Mit steigender Bildung, sozialem Status und dem Wissen um die eigenen Rechte wächst zugleich der Widerstand der Frauen gegen diese Praxis, doch selbst unter Akademikerinnen sind mehr als ein Drittel genital verstümmelt.

Noch vor wenigen Jahren galt es als großes Wagnis, öffentlich an diesem Tabu zu rühren. Um gegen die Verstümmelung vorzugehen, erschien eine doppelte Strategie sinnvoll: Zum einen Aufklärung vor Ort, zum anderen - die neuen demokratischen Freiheiten machten es möglich - Sensibilisierung der Öffentlichkeit mit Hilfe von Medien- und Kampagnenarbeit durch ein breites Bündnis von AktivistInnen. Die offene Debatte über FGM hat am alten, unausgesprochenen Konsens kräftig gerüttelt und die schrankenlose Macht archaischer Werte über die Menschen in Frage gestellt. Wer Zugang zu den Medien hat, weiß auch Bescheid und ist meist gegen Genitalverstümmelung eingestellt. FGM ist noch lange nicht abgeschafft, aber es wird auch nie wieder so sein wie früher.

WADI (www.wadinet.de) unterhält im Nahen Osten selbstverwaltete Hilfsprojekte, die sich insbesondere an Frauen und Jugendliche wenden. Weitere Infos zur Kampagne Stop FGM in Kurdistan unter **www.stopfgmkurdistan.org**

Außerdem gibt es die Kampagne www.stop-fgm-now.com

Den Menschen vor Ort ist klar: Aufklärung allein reicht im Kampf gegen FGM nicht, denn der rohe Akt der Verstümmelung kleiner Mädchen geschieht nicht aus bloßer Unwissenheit. Aufklärung muss fruchten, und dazu bedarf es eines geeigneten Nährbodens in Form eines liberalen gesellschaftlichen Klimas, das auch Kritik am

Bestehenden verkräftet. Durch Leisetreteri wird ein Infragestellen althergebrachter Ansichten gerade nicht befördert. Vielmehr besteht die Gefahr, dass aus lauter Rücksicht auf Religion und Tradition die alten Rechtfertigungsdiskurse reproduziert werden.

Dass bei der Arbeit mit praktizierenden Gemeinden kultursensibel vorgegangen werden muss, um nicht sofort auf Ablehnung zu stoßen, versteht sich für viele von selbst. Doch soll die Aufklärung nicht, wie in Teilen Afrikas zu beobachten ist, verewigt und zum Selbstzweck erhoben werden, so darf dieses Vorgehen nie und nimmer in eine grundsätzlich respektvolle Haltung gegenüber dem „Ritual“ münden. Respekt kann nur den Opfern gelten, sowie denjenigen, die bereit sind, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen.

Gleiches gilt für Deutschland, wo jedes Jahr Tausende von Mädchen von Genitalverstümmelung bedroht sind. Aufklärung ist eine gute Sache. Doch was hilft sie, wenn die Taten im vollen Bewusstsein ihrer Unrechtmäßigkeit heimlich oder in den Sommerferien im Herkunftsland begangen werden? Bis heute werden die TäterInnen nicht als solche benannt – und damit die Opfer im Stich gelassen.

Politik und Menschenrechtsorganisationen simulieren Tatendrang mit einem Gesetzentwurf zur Strafbarkeit von FGM, wo doch das Problem vielmehr im Vollzug bereits geltender und völlig ausreichender Gesetze zu suchen ist. Gleichzeitig werden die Opferzahlen kleingeredet: Schätzungen der Kampagne stop-fgm-now zufolge sind in Deutschland bis zu 50.000 Mädchen von FGM bedroht, und nicht 4.000 bis 5.000, wie immer wieder behauptet wird. Viele dieser Mädchen könnten wirksam geschützt werden, wenn ohne Wenn und Aber Einigkeit über die Tatsache bestünde, dass Genitalverstümmelung schwerste Gewalt an Kindern darstellt.

Arvid Vormann